

# *Landespolitisches Programm*

**der**

**Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)**

**in Baden-Württemberg**

**2021 - 2026**

## **Inhalt**

<i>Worum es uns geht</i>	4
<i>Demokratie</i>	5
<i>Gleichberechtigungspolitik</i>	7
<i>Familienpolitik</i>	8
<i>Gesundheitspolitik</i>	10
<i>Schulpolitik</i>	11
<i>Hochschulpolitik und Forschung</i>	13
<i>Medienpolitik</i>	15
<i>Finanzpolitik</i>	16
<i>Daseinsvorsorge</i>	17
<i>Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik</i>	18
<i>Siedlungs- und Verkehrspolitik</i>	20
<i>Energiepolitik</i>	23
<i>Landwirtschaft</i>	24
<i>Natur- und Landschaftsschutz</i>	26
<i>Tierschutz</i>	27
<i>Innere Sicherheit und Justiz</i>	28
<i>Jugend</i>	29
<i>Senioren</i>	30
<i>Menschen mit Behinderung</i>	31
<i>Migration</i>	32
<i>Integration</i>	33
<i>Politischer Extremismus</i>	34
<i>Mobilfunk</i>	35
<i>Epilog</i>	36

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Baden-Württemberg,

Sie halten das Programm der Ökologisch-Demokratischen Partei / Familie und Umwelt (ÖDP) zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg in Händen.

**Die ÖDP ist die Partei der Wachstumskritik.** Wir haben nur eine Erde – grenzenloses Wirtschaftswachstum ist bei begrenzten Rohstoff- und Energievorräten schlicht und ergreifend unmöglich.

Die Klimaüberhitzung ist die unmittelbare Folge des Wachstumswahns – daher brauchen wir die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien in allen Bereichen (Strom, Wärme und Verkehr). Die ÖDP ist die Partei für ehrliche Demokratie. Konzern- und Lobby Spenden an Parteien und Politiker müssen endlich verboten werden. Geldgeschenke aus diesen Kreisen verhindern eine Politik, die dem Gemeinwohl dient – das beweist der Dieselskandal der letzten Jahre. Und die direkte Demokratie durch Volksbegehren und Volksentscheide muss endlich auf Bundes- und Europaebene eingeführt werden. Die ÖDP ist die familien- und kinderfreundliche Partei. Die Erziehung von Kindern und die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger muss durch ein Erziehungs- und Pflegegehalt mit Rentenanspruch finanziell anerkannt werden. Die Bildung unserer Kinder muss umfassend sein und darf sich nicht nur auf die wirtschaftliche Verwertung ausrichten. Wir sehen den ständigen Ausbau der Fremdbetreuung außerhalb der Familien in Kitas und Schulen ebenso kritisch wie die „iPhonisierung“ unserer Bildungseinrichtungen durch die wahllose Ausstattung durch EDV-Technik mit Funkübertragung. Nicht umsonst spricht man von „Begreifen“ oder anders formuliert: Einmal eine echte Katze gestreichelt bringt mehr als das hundertste Katzenvideo.

In der ÖDP passen Wort, Tat und Programm zusammen. Mit unserem „Volksantrag gegen CETA“ haben wir deutlich gemacht, dass wir uns gegen eine Herabsetzung bei Umwelt- und Sozialstandards wehren. Mit der aktiven Teilnahme im Trägerkreis des „Volksbegehrens Artenschutz“ haben wir eine historische Verbesserung beim Artenschutz in Baden-Württemberg errungen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir wollen in den Baden-Württembergischen Landtag einziehen und uns dort für Ihre Belange einsetzen. Diesem Ziel nähern wir uns von oben und von unten. Bereits seit Mai 2014 vertritt ein Mitglied die ÖDP im Europaparlament. Noch wesentlich länger, seit 1994, ist die ÖDP in der Regionalversammlung Stuttgart vertreten und bildet momentan mit der CDU zusammen die stärkste Fraktion. Seit den Kommunalwahlen 2019 in Baden-Württemberg vertreten rund 30 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger das ÖDP-Programm in Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten. Mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten und unserem Programm unterbreiten wir Ihnen ein überzeugendes Angebot. Für dieses Angebot bitte ich um Ihr Vertrauen.

Sie haben bei der Landtagswahl nur eine Stimme. Vergeuden Sie diese bitte nicht und wählen Sie die ÖDP!

## **Worum es uns geht:**

Immer mehr Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten und kehren aus oft verständlichen Gründen der Politik den Rücken. Dies ist für eine Demokratie ein bedenklicher Zustand.

Die ÖDP tritt dieser Politikverdrossenheit mit ihrem zukunftsweisenden und am Menschen orientierten Programm entgegen. In Baden-Württemberg tragen wir mit zahlreichen kommunalen Mandaten politische Verantwortung mit.

Die Politik der ÖDP ist von der Achtung vor dem Leben, von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, der Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde sowie vom Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen geprägt. Wir setzen und für den sorgsamsten Umgang mit Wasser, Boden und Luft ein und wollen die Vielfalt an Lebewesen auf diesem Planeten erhalten. Dazu bedarf es des Schutzes und der Wiederherstellung der Lebensräume.

Die ÖDP hat durch die Beteiligung am Volksbegehren Artenschutz und durch die engagierte Teilnahme an den Verhandlungen zu den Gesetzentwürfen zum Eckpunktepapier der Landesregierung einen erheblichen Anteil am gesetzlichen Schutz der Artenvielfalt. Durch die weitere Begleitung des Dialogs muss sichergestellt werden, dass die im Gesetz verankerten Ziele auch eingehalten werden.

Angesichts der inzwischen dramatischen Klimaerhitzung kommt dem Klimaschutz besondere Bedeutung zu. Dieser setzt eine starke Verringerung des Verbrauchs nichterneuerbarer Rohstoffe voraus. Um diese zu erreichen, bedarf es der Abkehr vom Dogma des ständigen Wirtschaftswachstums, der Entwicklung von modernen Umwelttechnologien und eines verantwortungsbewussten Lebensstils.

Derzeit leben die Menschen weit über ihre Verhältnisse hinaus. Dabei ist ein kleiner Teil der Weltbevölkerung für einen großen Teil des Rohstoffverbrauches verantwortlich. Unsere Zivilisation belastet die Umwelt in erheblichem Maße. Es muss uns allen bewusst werden, dass ein verschwenderischer Lebensstil auf Kosten der nachfolgenden Generationen geht. Es ist ein Bewusstseinswandel hin zu einem sparsameren und effizienteren Gebrauch der Rohstoffe nötig. Gefordert sind wir hier insbesondere als verantwortungsbewusste Konsumenten. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, verantwortungsbewusstes Handeln zu fördern und unverantwortliches Handeln einzudämmen.

Wie Sie diese Ziele in Baden-Württemberg mit uns erreichen können, erfahren Sie in knapper Form im vorliegenden Programm. Wir haben uns darin auf landespolitische Kernthemen konzentriert.\* Dennoch werden immer wieder auch bundespolitische Themen angeführt. Eine Landesregierung hat über Bundesratsinitiativen und die Mitarbeit in Bundesrat durchaus die Möglichkeit, auch bundespolitische Themen mit zu beeinflussen.

\*Unser Bundespolitisches Programm sowie einzelne Faltblätter informieren Sie umfassender über unsere Konzepte zu Themen wie Erziehungsgehalt, Tierschutz, Gesundheit, Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Freihandelsabkommen, Elektromog, Alter und Pflege, Teilhabe, Energiewandel und vieles mehr.

## **Demokratie:**

### **Wider die Politikverdrossenheit**

Die ÖDP setzt sich für mehr Transparenz und für mehr direkte Demokratie ein. Auch während der Legislaturperiode müssen die Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Zahlreiche Finanz- und Spendenaffären bestätigen unsere Forderung nach einem Verbot von Parteispenden durch Firmen, Konzerne und Wirtschaftsverbände. Ursprünglich wurde den Parteien im Grundgesetz ein 'Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes' zuerkannt. Heute versuchen Interessenvertreter der Wirtschaft große Teile des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle zu bringen. Gesetze und Verordnungen werden immer öfter in Lobbyistenkreisen vorformuliert; die Gesetzgebung wird dadurch von den gewählten Gremien in die Wirtschaft verlagert. Parteien müssen sich in diesem Zusammenhang ihre finanzielle Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit zurückholen und bewahren.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen ihre Interessen nicht mehr vertreten. Es wachsen Unverständnis, Verdruss und ein Gefühl der Ohnmacht. Dies schlägt sich in schwachen Wahlbeteiligungen oder Proteststimmen für extreme Parteien nieder. Bürgerschaftlicher Protest nimmt zu. Die Demokratie als zentraler Wert unserer Gesellschaft muss aber unbedingt bewahrt werden. Dazu bedarf es möglichst vieler engagierter und verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger und stärkerer Elemente der direkten Demokratie.

### **Die ÖDP fordert:**

- Spenden von Firmen und Großorganisationen an politische Parteien und Wählervereinigungen sind zu verbieten, um die Käuflichkeit von Parteien zu verhindern. Dies gilt auch für das Sponsoring bei Parteitag.
- Einführung einer Dokumentation darüber, welche Interessenvertreter auf Gesetze Einfluss genommen haben („legislativer Fußabdruck“).
- Einführung eines Lobbyregisters, in dem alle Interessenvertreter angeben müssen, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema sie Einfluss auf die Politik nehmen.
- Ausschusssitzungen des Landtags müssen zum Großteil öffentlich abgehalten werden.
- Die Einführung von benutzerfreundlichen Informationsportalen im Internet auf den Ebenen des Landes, der Präsidien, der Landkreise und der Gemeinden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger über Gesetze, Verordnungen und Vorschriften informieren können.
- Die Einführung einer Karenzzeit von zwei Jahren für ehemalige Regierungsmitglieder, wenn die geplante Erwerbstätigkeit im Bereich der ehemaligen Zuständigkeit liegt. Damit soll die Möglichkeit einer persönlichen Vorteilnahme verhindert werden.
- Ein umfassenderes Informationsfreiheitsgesetz (IFG), mit dem jeder das Recht auf Akteneinsicht oder einen Auskunftsanspruch gegenüber Ämtern, Behörden und Verwaltungen hat.
- Keine Aufsichtsratsmandate, Vorstandstätigkeiten oder Beraterverträge in Wirtschaftsunternehmen für Regierungsmitglieder.
- Kein Landtagsabgeordneter darf in mehr als einem Aufsichtsgremium von Unternehmen mit Landesbeteiligung vertreten sein.
- Ein Landtagsabgeordneter darf nicht in Aufsichtsgremien von privaten Wirtschaftsunternehmen vertreten sein.
- Die Koppelung der Erhöhung der Diäten von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern an die tarifliche Erhöhung im Öffentlichen Dienst.

- Mehr direkte Demokratie durch niederschwellige Volksbegehren und Volksentscheide. Volksbegehren auf Landesebene sind durch die deutliche Herabsetzung der geforderten Mindestzahl der Unterstützungsunterschriften zu erleichtern. Beim Volksentscheid soll die einfache Mehrheit gelten.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen entsprechend erleichtert und auf Kreis- und Ortschaftsebene neu eingeführt werden.
- Einbindung der Bürgerschaft über die Lokale Agenda 21 in kommunale Entscheidungen.
- Die Beschränkung von Volks- und Bürgerbegehren auf einige wenige Politikfelder muss aufgehoben werden. Auch haushaltsrelevante Anträge müssen möglich sein.
- Aufhebung der Begrenzung von Volksbegehren auf ein einzelnes Gesetz (sogenanntes Kopplungsverbot).
- Landrätinnen und Landräte müssen direkt von der Bevölkerung gewählt werden.
- Die Abwahlmöglichkeit von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durch einen Bürgerentscheid.
- Wahlen und Abstimmungen dürfen nicht elektronisch durchgeführt werden.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich für mehr direkte Demokratie und für die Entflechtung von Politik und Wirtschaft ein und erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen!***

***Gleichberechtigungspolitik:***  
**Gleichberechtigung der Geschlechter**

Die Gleichberechtigung unabhängig von der Geschlechterzugehörigkeit in Familie, Beruf, Gesellschaft und politischem Leben ist für uns ein wichtiges Anliegen. Artikel 3 des Grundgesetzes verpflichtet zwar zu dieser Gleichberechtigung, in der Realität ist Chancengleichheit jedoch noch lange nicht erreicht. Daher wollen wir zum einen gegen rechtliche Bestimmungen vorgehen, die ein Geschlecht benachteiligen, zum anderen die tatsächliche Umsetzung der formalen Gleichberechtigung erreichen. Geschlechterspezifische Eigenschaften und Fähigkeiten müssen anerkannt, respektiert und auch genutzt werden. Bei gleicher Arbeit und gleicher Leistung muss auch gleich entlohnt werden. Die außerhäusliche bezahlte Erwerbsarbeit wird aus unserer Sicht seitens der Sozialpolitik und der öffentlichen Wahrnehmung überbewertet.

**Die ÖDP fordert:**

- Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit muss dahingehend gestärkt werden, dass Männer und Frauen diese Gleichberechtigung verwirklichen können.
- Der Grundsatz „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“ muss unabhängig vom Geschlecht umgesetzt werden.
- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau darf nicht dazu führen, dass wirtschaftliche Zwänge über den Wunsch nach Selbstverwirklichung gestellt werden. Mütter und Väter müssen die Möglichkeit haben, ihre Rolle als Eltern wahrnehmen zu können.
- Ein steuer- und sozialversicherungspflichtiger Erziehungsbeitrag soll zur Wahlfreiheit bei der Kindererziehung führen und somit die Benachteiligung der Familien bei der Kinderbetreuung beseitigen.

***Wer ÖDP wählt, macht sich für die tatsächliche Verwirklichung dieser Gleichberechtigung stark!***

### ***Familienpolitik:***

#### **Wer Zukunft will, muss in Familie investieren!**

#### **Gleichwertigkeit von elterlicher Erziehungsarbeit und außerhäuslicher Erwerbsarbeit**

Baden-Württemberg braucht eine starke, aufmerksame und positiv motivierte junge Generation, um sich zukunftsfähig weiterentwickeln zu können. Kinder benötigen in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft jahrelange, verantwortungsvolle Begleitung, bis sie sich sicher zurechtfinden. Sie sollen schon früh lernen, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu erkennen, die sie und ihre sich rasch verändernde Welt immer umfassender bestimmen.

Lernt ein Kind seine Eltern als teilnehmend und kompetent schätzen, hat das positive Folgen für das Kind selbst, für den Familienverband und letztlich für den Zusammenhalt unter den Generationen.

Werden Kinder außerhalb der eigenen Familie betreut und erzogen, gilt dies als wichtige Arbeit, die selbstverständlich bezahlt wird. Die Kosten tragen zu ca. 85 Prozent die Kommunen und das Land. Übernehmen aber Mutter oder Vater diese Arbeit, erhalten sie nach dem Auslaufen des Betreuungsgelds nichts. Wenn ein Elternteil die Kinderbetreuung übernimmt, sinkt das Familieneinkommen durch den Wegfall eines Gehalts, während gleichzeitig die Ausgaben mit jedem Kind steigen. Für die spätere Rente werden für heute geborene Kinder nur drei Jahre Betreuung als Beitragszeit angerechnet. Dies ist eine nicht hinnehmbare Unterbewertung der elterlichen Erziehungsarbeit. Unser Rentensystem kann nur dann funktionieren, wenn sowohl der finanzielle Beitrag der Erwerbstätigen als auch die Leistung der Erziehenden in den Familien angerechnet werden.

Die Gesellschaft, das heißt, jede und jeder Einzelne von uns, profitiert vielfach von einer verantwortlich wahrgenommenen Kindererziehung. Dies wird besonders wichtig in den späten Lebensjahren der Eltern (ein wenig beachteter Aspekt): Mit der frühen Ausbildung stabiler emotionaler Bindungen über ausreichende Zuwendung werden sich Kinder eher bereitfinden, die Pflege der Eltern selbst zu übernehmen. Professionellem Pflegepersonal wird schon heute nicht ausreichend Zeit dazu eingeräumt.

Unsere Gesellschaft verwendet den Begriff 'Arbeit' ausschließlich für die außerhäusliche Erwerbsarbeit. Nur das selbst erzielte Einkommen schafft persönliche Unabhängigkeit. Den in den Familien Erziehenden wird diese Unabhängigkeit bislang vorenthalten.

Verantwortliche Kindererziehung kann nicht irgendwie und nebenbei erledigt werden. Sie braucht gute Nerven, Zeit für liebevolle Zuwendung und konsequentes gemeinsames Durchstehen von Konflikten. Sie ist eine geldwerte Dienstleistung der Eltern für die Gesellschaft. Ihre Vernachlässigung zieht hohe Folgekosten nach sich.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die ihre eigenen Kinder Erziehenden dürfen weder ein 'Leistungsloses Grundeinkommen' noch ein Betreuungsgeld noch ein 'Bürgergeld' noch einen 'Lohnersatz' erhalten, sondern ihnen muss ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt mit Rentenanspruch zuerkannt werden.

***Wer ÖDP wählt, macht sich stark für die Wertschätzung elterlicher Erziehungsarbeit!***

#### **Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit - Einrichtungen zur öffentlichen Kinderbetreuung**

Eltern müssen finanziell so gestellt werden, dass sie entscheiden können, wie und durch wen ihre Kinder betreut werden. Die gängige Praxis, öffentliche Gelder ausschließlich für die Bezuschussung der Kindererziehung in Krippen, Kindergärten, Schulen und Horten einzusetzen, diskriminiert die von finanziellen Zuwendungen ganz ausgeschlossene elterliche Erziehungsarbeit. Die Erziehung der Kinder durch die leiblichen Eltern sollte diesen wie auch der Gesellschaft als besonders wertvoll gelten. Die Eltern sind die natürlichsten und wichtigsten Vorbilder, die langfristig die Kinder prägen, besonders intensiv in den ersten drei Lebensjahren. In der frühesten Kindheit birgt die Ganztagsbetreuung die Gefahr, dass aufgrund der wechselnden Bezugspersonen die Beziehungsfähigkeit nur unzureichend entwickelt werden kann.



In Baden-Württemberg wird jedoch aktuell das Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder vom ersten Lebensjahr an ausgebaut. Ein Krippenplatz kostet die öffentliche Hand mindestens 1.000 Euro monatlich. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, entgeht diese öffentliche Zuwendung. Hauptsächlich Müttern wird so für Erziehungsarbeit ein Erwerbseinkommen vorenthalten. Die staatlichen Rahmenbedingungen hebeln die Bestimmung des Artikel 6 Grundgesetz aus, demzufolge die Erziehung der Kinder „das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“ ist. Das Prinzip der elterlichen Entscheidungsfreiheit muss durch die Gleichbehandlung von elterlicher und öffentlicher Betreuungsleistung bei der staatlichen Förderung durchgesetzt werden. Das Instrument dazu wäre die bundesweite Einführung eines steuer- und sozialabgabenpflichtigen Erziehungsgebhalts unter Wegfall des Elterngeldes.

**Die ÖDP fordert:**

- Die Landesregierung muss eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgebhalts auf Bundesebene starten.
- Für die Qualifizierung junger Menschen als zukünftige Eltern müssen die Themen Hauswirtschaft, Kinderpflege, Kindererziehung, Altenpflege und Familienrecht in die Bildungspläne der Schulen aufgenommen werden.
- Die Förderung von Teilzeitstellen.

***Wer ÖDP wählt, spricht sich für Chancengleichheit und die gleiche Förderung von elterlicher und öffentlicher Kinderbetreuung aus!***

**Gesundheitspolitik:**

**Mehr als nur ein gut gemeinter Wunsch**

Gesundheit ist ein sehr persönliches und individuelles Gut, das von vielen Faktoren abhängt. Allen Menschen sollten größtmögliche Freiheiten gegeben werden, sich selbstverantwortlich um ihre Gesundheit zu kümmern, weil genau das ein wesentlicher gesundheitsfördernder Faktor ist.

Wir sind der Ansicht, dass Körper, Geist und Seele zusammengehören, und unterstützen daher ganzheitliche Aspekte zur Gesunderhaltung und Therapie. Nebenwirkungsarme und nachhaltig gesundheitsfördernde Maßnahmen halten wir deshalb grundsätzlich für vorrangig.

Ärzte müssen allein dem jeweiligen Patienten und sich selbst verantwortlich arbeiten können.

Die ÖDP fordert:

- Ganzheitliche Ansätze wie Naturheilverfahren, Phytotherapie, Homöopathie und anthroposophische Medizin sind den anderen medizinischen Alternativen gleichzustellen.
- Medizinische Forschung muss überwiegend frei von wirtschaftlichen Interessen werden.
- Pflege ist eine wichtige medizinische Leistung, bei der vor allem auch die Menschlichkeit genügend Raum benötigt. Ein diesbezüglich adäquater Personalschlüssel ist einzuführen.
- Im Medizin- und Pflegebereich muss die Verwaltungsarbeit auf ein Minimum reduziert werden. Das gilt auch für Dokumentationspflichten und Maßnahmen zur Haftungssicherheit. So müssen beispielsweise die Hebammen wieder frei und selbstverständlich auch bei Hausgeburten arbeiten können.
- Bei Impfungen im Kleinkindalter sind die Sorgeberechtigten umfassend aufzuklären.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich für mehr Menschlichkeit in einer freien und ganzheitlichen Medizin, Therapie und Pflege ein.***

### **Schulpolitik:**

#### **Werteorientierte Bildung dient dem Einzelnen und der Gesellschaft**

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition einer Gesellschaft. Dabei geht es um die Entfaltung der Persönlichkeit und die Befähigung dazu, persönliche und gesellschaftliche Herausforderungen in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bewältigen zu können.

Die ÖDP bekennt sich im Sinne des Artikel 12 unserer Landesverfassung zum abendländischen Wertegebäude, das sich auf der christlichen Grundlage entfaltet hat: Ehrfurcht vor dem Leben, Gerechtigkeit, gewaltfreie Konfliktbewältigung, Bewahrung der Schöpfung sowie Solidarität und Toleranz. An den Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft soll der demokratische Umgang miteinander eingeübt und die Bereitschaft zu sozialem, ökologischem und politischem Engagement gefördert werden. Die ÖDP unterstreicht besonders den Auftrag, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren und neben der Sozial-, Methoden- und Medienkompetenz verstärkt das Wissen um ökologische Zusammenhänge zu vermitteln.

Die ÖDP unterstützt die Eltern in ihren verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder in der Schule verantwortungsbewusst mitzugestalten.

Beziehungsfähigkeit ist eine Voraussetzung guter Bildung. Die altersgemäß gestalteten Beziehungen sollen zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung führen. In den weiterführenden Schulen kann die Ganztagschule für viele Eltern ein gutes und wichtiges Angebot sein, sofern sie die pädagogischen Standards (rhythmisierter Schulalltag, Kooperation mit Vereinen, Verbänden, Musikschulen, Kirchen etc. und Unterrichtsende nach höchstens acht Unterrichtsstunden) erfüllt. Da es für die Eltern eine Wahlfreiheit der Ganztagschule geben soll, lehnt die ÖDP die verpflichtende Ganztagschule in allen Schularten ab.

Qualifikationsangebote in Kooperation mit Naturschutzverbänden, Sportvereinen, Musikschulen oder mit sozialen Einrichtungen, Kirchen und Trägern von Jugendarbeit sind wünschenswert. Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen und andere Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen sollen in die schulische Arbeit eingebunden werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass keine einseitige Vereinnahmung der Lernenden erfolgt und eine kritische Auseinandersetzung möglich ist.

Die ÖDP hält eine stärkere Verflechtung zwischen beruflichem und allgemeinbildendem Schulwesen für notwendig. Sie befürwortet im Zusammenhang mit der regionalen Schulentwicklung die ausdrückliche Einbeziehung der beruflichen Bildungsmöglichkeiten. Nur so lässt sich der Bildungsbedarf erkennen, der der Infrastruktur einer Region entspricht und diese weiterbringt.

Eine wohnortnahe Vorbereitung auf möglichst viele Abschlüsse fördert die Chancengleichheit und die individuelle Bildung. Schulstandorte sollen, besonders im ländlichen Raum, in zumutbarer Erreichbarkeit erhalten bleiben. Wenn dies in der bisherigen Form nicht möglich ist, kann eine Schul- und Unterrichtsorganisation im Schulverbund, in der Gemeinschaftsschule, oder in jahrgangsübergreifenden Klassen helfen, den Schulstandort zu erhalten.

Die ÖDP strebt außerdem eine Kommunikation zwischen den Schulbehörden und den von ihren Entscheidungen jeweils abhängigen Stellen an, die deren Planungssicherheit erhöht. Dazu gehört die Einhaltung von Fristen, die den Bedingungen vor Ort Rechnung trägt und vom Grundsatz der Rücksichtnahme bestimmt ist.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Eine stärkere finanzpolitische Prioritätensetzung zugunsten der Bildung ohne die einseitige Bevorzugung einzelner Schularten.
- Die Wertschätzung der Bildungsarbeit durch eine angemessenere Bezahlung aller an der Bildung Beteiligten. Eine verlässliche Schulpolitik schließt kurzzeitige Entlassungen zum Beispiel über die Sommerferien aus.
- Gebührenfreie Kindergartenpflicht im letzten Jahr vor Schuleintritt, damit Förderbedarf rechtzeitig vor Schuleintritt erkannt werden kann.

- Als Ergänzung zur Lernmittelfreiheit und zur kostenlosen Schulbildung eine kostenlose Schülerbeförderung als Ausdruck des Menschenrechts auf Bildung, ebenso Befreiung von den Gebühren für Kindertagesstätten im letzten Kindergartenjahr.
- Hinarbeiten auf eine bessere Vereinbarkeit der bundesweiten Schulsysteme.
- Eine stärkere Verflechtung von allgemeiner und beruflicher Bildung.
- Zur Ermöglichung eines begabungsgerechten Bildungsweges eine noch stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten.
- Eine stärkere Berücksichtigung der Elternwünsche bezüglich G 9 als Standardform des Gymnasiums, denn gute Bildung braucht Zeit.
- Einen Klassenteiler von maximal 25 Schülern, unter schwierigen Bedingungen auch weniger.
- Sichere Fuß- und Radwege zur Schule.
- Die stärkere Förderung der Schülerinnen und Schüler durch handwerkliche, künstlerische und musische Fächer sowie Sport. Dies darf nicht zu Lasten der Kernkompetenzfächer wie Mathematik und Deutsch geschehen.
- Die Entwicklung einer strukturell in der Unterrichtsorganisation verankerten Differenzierung bis hin zur Individualisierung der Bildung, die außerschulische und privat bezahlte Förderung (Nachhilfeunterricht) weitgehend überflüssig werden lässt, ebenso die konsequente Ausstattung der Schulen für Inklusions- und Integrationsleistungen.
- Eine landeseinheitliche bedarfsorientierte Ausstattung aller Schulen, auch der beruflichen, mit sozialpädagogischem Personal und technischer Ausrüstung einschließlich deren dauerhaften Unterhaltung.
- Ausbau der Digitalisierung in Schulen durch Lichtübertragung oder kabelgebundene Infrastruktur, um Gesundheitsrisiken zu minimieren. Kein WLAN-Einsatz in Schulen.
- Eine vor allem an der gesellschaftlichen Herausforderung der Erhaltung der Lebensgrundlagen orientierte Förderung ökologischer Kompetenzen in allen Schularten.
- Eine Orientierung über Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell, zum Beispiel über eine ökosoziale Marktwirtschaft, über Gemeinwohlökonomiekonzepte etc.
- Die Unabhängigkeit des Bildungssystems und -inhalts von Forderungen der Wirtschaft.
- Im Unterricht eine verstärkte Betonung der Bedingungen für das Gelingen familiärer Beziehungen.
- Die erweiterte Vermittlung von Alltagskompetenzen.
- Mehr Information über Hilfsangebote an Schulen für Kinder.
- Die sexuelle Vielfalt ist erst in den weiterführenden Schulen zu thematisieren.
- Kleinste Anzeichen von sexuellem Missbrauch müssen geahndet und strafverfolgt werden.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich für eine am Menschen und Werten orientierte Bildung ein.***

## ***Hochschulpolitik und Forschung:*** **Verantwortlich forschen und lehren**

Die Wissenschaft bildet als Teil der Kultur die geistige Grundlage unserer Gesellschaft. Daher spiegelt sich unsere gegenwärtige gesellschaftliche Situation auch in der Forschungslandschaft wider. Vermehrt werden große Teile der Ingenieur- und Naturwissenschaften darauf reduziert, möglichst rasch neue Technologien zur Verfügung zu stellen, auch dort, wo deren Einsatz fragwürdig oder gefährlich ist. Verkrustete Strukturen im Forschungs- und Lehrbetrieb und mangelnde Zusammenarbeit über die Grenzen der Disziplinen hinweg führen dazu, dass wissenschaftliche Lösungsvorschläge für die ökologische Krise nicht greifen.

Nötig sind eine Neustrukturierung der Forschungslandschaft und die ständige Begleitung aller Wissenschaftszweige durch eine kritische und unabhängige Ethikkommission. Besonders gefordert sind hier die Gesellschaftswissenschaften.

An den Universitäten werden die medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächer finanziell überdurchschnittlich gefördert, während die Kultur-, Geschichts- und Geisteswissenschaften oft vernachlässigt werden, obwohl sie einen wichtigen Beitrag zu Lösungen gesellschaftlicher Probleme leisten. Ähnliches gilt für die Bereiche Musik, Kunst, Theater und Film an den Hochschulen. Wir wollen Abhängigkeiten der Forschung, insbesondere von der Rüstungsindustrie, offenlegen und abbauen. Der Einfluss der industriellen Auftragsforschung muss streng kontrolliert werden. Den Universitäten muss durch Erhöhung der Sockelbeträge die finanzielle Unabhängigkeit zurückgegeben werden. Mit staatlichen Forschungsgeldern sollen umweltschonende Technologien gefördert werden. Dazu gehört auch die Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Modelle, die den Wert der natürlichen Ressourcen in ihren Rechnungen berücksichtigen.

Die Forschung an menschlichen Embryonen und die gentechnische Veränderung menschlicher Keimbahnzellen sind ethisch nicht zu verantworten und müssen strikt verboten bleiben. Die Patentierung von Genen des Menschen lehnen wir ab, da sie mit der Menschenwürde unvereinbar ist. Absolut unzulässig ist die Chimärenbildung, das heißt die Verschmelzung von menschlichen und tierischen Zellen zur Erschaffung neuer Lebewesen. Auch die gentechnische Manipulation und Patentierung von Tieren und Pflanzen ist inakzeptabel.

Die Bildung an Universitäten ist nach der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge und des kompletten Wegfalls der breitgefächerten Diplom- und Magisterstudiengänge einer starken Regulierung unterworfen, die einer innovativen, kreativen, vielfältigen und umfassenden Forschung im Wege steht.

An den Hochschulen, in der Wissenschaft und Forschung gibt es teilweise immer noch kurze, befristete Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Entlohnung und hohem Arbeitspensum ohne Perspektive einer Weiterbeschäftigung.

Viele gute wissenschaftliche Mitarbeiter wandern ins Ausland ab oder müssen notgedrungen irgendeine andere Tätigkeit ausführen, um zu überleben, da es unter anderem nicht genügend Stellen in der mittleren Ebene (wissenschaftliche Mitarbeiterstellen, die teilweise auch unbefristete Lebenszeitstellen sind) gibt. Darunter leidet nicht nur die Forschung, sondern auch die Lehre.

### **Die ÖDP fordert:**

- Das Erststudium muss von Studiengebühren befreit bleiben. Nur so ist gewährleistet, dass auch finanziell Schwächere ein Studium aufnehmen können.
- Erhöhung der Studienplätze bei Medizinerinnen und Lehrkräften.
- Für alle Studierenden müssen Veranstaltungen zu ethischen und ökologischen Themen verpflichtend sein.
- Entschulung der bei der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge verschuldeten Studienpläne an den Universitäten, um den Studierenden eine breite Bildung zu ermöglichen.
- Gleichrangige finanzielle Förderung sowohl der technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächer als auch der Kultur-, Geschichts- und Geisteswissenschaften. Dies gilt im Bereich Musik, Kunst, Theater und Film auch für die Hochschulen.

- Durch entsprechende Transparenzvorschriften (z. B. Offenlegung der Beratertätigkeiten und Abhängigkeiten von Drittmitteln von Stiftungen, der Industrie und industrienahen privaten Instituten) muss der Lobbyismus in der Wissenschaft aufgedeckt und damit auch hinterfragt werden können.
- Keine zu gering bezahlten Beschäftigungsverhältnisse und keine unwürdigen Beschäftigungspraktiken für wissenschaftliche Mitarbeiter.
- Erhöhung der Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen in der mittleren Ebene, um gute wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen zu halten und die Qualität der Lehre und Forschung zu verbessern.

***Wer ÖDP wählt, fördert eine ethisch orientierte und ökologisch verantwortlich handelnde Wissenschaft, die uns allen dient, und achtet auf die Freiheit von Forschung und Lehre!***

### ***Medienpolitik:***

#### **Rote Karte für Menschenverachtung in den Medien**

Seit Jahren wird der eigentliche Auftrag des öffentlichen Rundfunks (Radio und Fernsehen), aber auch die offene, objektive und differenzierte Berichterstattung in anderen Medien wie Zeitungen, Zeitschriften und im Internet von interessengeleiteten Politikern und profitorientierten Konzernen ausgehebelt. So treiben z. B. nicht nur private (Fernseh-)Sender das Programmangebot in eine Spirale der Niveausenkung.

Die Folgen sind extrem seichte, zynische und gewaltverherrlichende Angebote, ein Verlust der Qualität, Vielfalt und Ernsthaftigkeit von Informationen. Auch in Kinderkanälen oder auf Webseiten für Kinder und Jugendliche sind die Inhalte vielfach nicht altersgerecht und von Gewalt und Konsumwerbung überfrachtet.

Viele Sendungen haben menschenverachtenden Charakter. Sowohl der gesamte Bildungsbereich als auch der kulturelle Freizeitbereich leiden darunter. Ein hemmungsloser Marktliberalismus im Mediensektor geht auf Kosten der seelischen Gesundheit von Kindern und Erwachsenen und leistet einem verschwenderischen und egozentrischen Lebensstil Vorschub.

Die ÖDP tritt für eine freie, unabhängige und kritische Berichterstattung sowie für altersgerechte, menschenwürdige und qualitativ hochwertige Medieninhalte ein.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die Meinungsfreiheit der Medien muss gewährleistet sein. Allerdings muss ein Missbrauch der Pressefreiheit im Sinne von Volksverhetzung, Rassismus, Gewaltverherrlichung, Pornographie, Blasphemie und dergleichen strafrechtlich verfolgt werden.
- Die Werbung für Rauschmittel ist zu verbieten.
- Von Politik und Wirtschaft unabhängige öffentliche Hörfunk- und Fernsehanstalt.
- Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen über die Medien und ihre Wirkungen.
- Eine stärkere zielgerichtete Beratung der Eltern zum Beispiel bei Elternabenden, auch im Hinblick auf die altersgerechte Nutzung und die Risiken des Internets und der sozialen Medien.
- Den gleichzeitigen Ausbau der leitungsgebundenen Breitbandtechnologie sowohl im städtischen Bereich als auch im ländlichen Raum, um diesen nicht zu benachteiligen.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich für menschenwürdige und qualitativ hochwertige Medieninhalte ein!***

### **Finanzpolitik:**

#### **Maßvoll mit unseren Steuergeldern umgehen**

„Maß halten“ ist eine Maxime, die besonders im Umgang mit Steuergeldern zu gelten hat. „Das Handeln der Menschen heute muss den nachfolgenden Generationen soviel Freiheit lassen, dass auch sie zum Handeln noch fähig sind.“ (Hans Jonas, Philosoph).

Die bisherige Finanzpolitik ist oft nur kurz- und mittelfristig angelegt und hat Bund, Länder und Kommunen, das heißt uns alle, in die Verschuldung geführt. Allein unser Bundesland war zum 31.12.2018 mit rund 46 Milliarden Euro verschuldet, das sind mehr als 4.000 Euro pro Kopf. Die Mittel, die für Schuldentilgung und Zinslasten benötigt werden, fehlen langfristig für soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben.

Wir müssen so schnell wie möglich von einer Finanzordnung loskommen, die privaten Reichtum bei einigen Wenigen vermehrt, Schulden bei öffentlichen und privaten Haushalten anhäuft und damit die Zahl der Armen erhöht.

Das Privatsponsoring öffentlicher Aufgaben wird zunehmend als Königsweg für schlanke Verwaltung propagiert. Damit gibt sich die öffentliche Hand in eine große Abhängigkeit der gewinnorientierten Privatwirtschaft.

Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss langfristig ein vollständiger Verzicht auf eine Neuverschuldung und letztlich ein kompletter Abbau aller Schulden sein.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Eine Etatplanung, die die Ist-Einnahmen des Vorjahrs als Grundlage für die Einnahmen und Ausgaben des Folgejahrs nimmt. Der Haushalt muss ausgeglichen sein. Überschüsse sind grundsätzlich zur Schuldentilgung oder für einen Nachtragshaushalt zu verwenden. Neuschulden müssen die Ausnahme bleiben und sind nur in Notzeiten vertretbar.
- Einfache und transparente Steuergesetze ohne Ausnahmeregelungen.
- Zeitliche Begrenzung von Subventionen. Ihre Wirksamkeit muss immer wieder auf den Prüfstand.
- Die vom Landesrechnungshof ermittelten Verschwendungen von Steuergeldern müssen konsequent verfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
- Steuerbetrug und Steuerflucht sind konsequent zu ahnden.
- Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe muss über die Dauersubventionierung gestellt werden.

***Wer ÖDP wählt, orientiert die Finanzpolitik nicht am Zwang zum Wirtschaftswachstum, sondern an einer zukunftsorientierten und ressourcenschonenden Gemeinwohlökonomie!***



### ***Daseinsvorsorge:***

#### **Kein Ausverkauf der Grundversorgung**

Die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen führt zu einem erheblichen Verlust an Demokratie. Über Freihandelsabkommen soll der Privatisierung der Grundversorgung Tür und Tor geöffnet werden. Es ist die Pflicht von Bund, Ländern und Kommunen, für eine sichere Abdeckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen und solche Abkommen zu verhindern.

Betriebe, die unmittelbar mit der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Verkehr usw. beauftragt sind, dürfen nicht privatwirtschaftlich geführt werden, sonst werden Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt und Gewinne privatwirtschaftlich abgeschöpft. Eine besonders abzulehnende Form der Privatisierung ist der Verkauf von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben in ausländische Hände, weil solche Verkäufe die Öffentliche Hand politisch erpressbar machen.

Jeder Nutzer von öffentlichen Einrichtungen soll mit einem Grundpreis zu deren Infrastruktur beitragen und mit dem Arbeitspreis seiner persönlichen Nutzung angemessen belastet werden. Somit wird die Einsparung von lebensnotwendiger Energie und Wasser gefördert. Versorgungsbetriebe müssen kostendeckend von der Solidargemeinschaft getragen werden.

Besonders negative Beispiele, auch im Hinblick auf Kundennähe, sind die Privatisierung von Post und die Teilprivatisierung der Bahn. Hier hat der Übergang in privatwirtschaftliche Unternehmen zu einem erheblichen Verlust an Qualität, Kundennähe und auch an Arbeitsplätzen geführt.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Der Bund muss Mehrheitseigner der Bahn bleiben und bestimmenden Einfluss haben. Das Schienennetz ist unbedingt wieder in staatliche Hand zu überführen. Hierfür muss sich das Land im Bundesrat einsetzen.
- Baldmöglichst staatlicher oder kommunaler Rückkauf von privatisierten Unternehmen der Grundversorgung.
- Privatisierte Unternehmen, die die Grundversorgung in den Bereichen Energieverteilung, Wasser und Gesundheitswesen übernommen haben, sind bis zum Rückkauf durch eine staatliche Regulierungsbehörde zu überwachen.
- Teil der Grundversorgung ist auch die Bereitstellung von schnellem Internet. Ein flächendeckender Ausbau des Glasfasernetzes muss staatlich organisiert werden.

***Wer ÖDP wählt, will den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen stoppen!***

**Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik:  
Umwelt- und menschenfreundlich wirtschaften**

Ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum ist aus ökologischen Gründen nicht möglich. Die stetig anwachsende Bevölkerung, die fortschreitende Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft, der immer höhere Rohstoffverbrauch, das dramatische Artensterben und die ebenso dramatische Klimaerhitzung erfordern ein Umdenken und ein anderes Wirtschaften. Derzeit ist die Wirtschaft von ständigem Wachstum und dem Streben nach möglichst hohen Gewinnen geprägt. Unser Ziel dagegen ist eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient, sich am Gemeinwohl orientiert und ohne Zwang zu ständigem Wachstum auskommt. Mensch und Umwelt vor Profit!

Baden-Württemberg ist stark von der Automobilindustrie und deren Zulieferfirmen abhängig. Es bedarf eines tiefgreifenden Wandels hin zu einer innovativen Industrie, die breiter aufgestellt ist und möglichst wenig Rohstoffe verbraucht.

Ökologisch-demokratische Wirtschaftspolitik legt das Hauptaugenmerk auf die gezielte Förderung von Handwerk, Kleingewerbe und Mittelstand. Sie stellen nicht nur mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung als die Großkonzerne, sondern zahlen auch mehr Steuern.

Eine konsequent umwelt- und menschenfreundliche Wirtschaft, die auf Handwerk, Kleingewerbe und Mittelstand setzt, bringt einen Wandel auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Herkömmliche Arbeitsplätze z. B. in der Produktion von Konsumgütern fallen weg, dafür entstehen neue Arbeitsplätze z. B. in Reparaturbetrieben, bei der Entwicklung und Herstellung von Umwelttechnologien, bei der Altbausanierung, bei der dezentralen Versorgung mit Energie und im öffentlichen Personennah- und fernverkehr.

Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft. Die Entwicklung zu immer mehr Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit muss gestoppt werden. Wir brauchen gemeinsame Ruhepausen, in denen wir Zeit haben für uns, unsere Familien und auch für das, was uns wichtig ist. Sonn- und Feiertagsarbeit muss wieder auf das unverzichtbare Maß an Dienstleistungen reduziert werden.

**Die ÖDP fordert:**

- Der Anteil von Leiharbeitern an der Stammbesellschaft soll 20 Prozent nicht überschreiten. Ihre Gleichstellung mit der Stammbesellschaft hat nach spätestens sechs Monaten zu erfolgen.
- Länder und Bund müssen Möglichkeiten schaffen, dass die in großem Umfang vorhandene Arbeit mit einer mindestens existenzsichernden Vergütung erledigt werden kann.
- Arbeitsplätze in der Pflege müssen besser bezahlt sowie gesellschaftlich mehr anerkannt und wahrgenommen werden.
- Der Mindestlohn muss das Existenzminimum auf jeden Fall abdecken und im Alter eine ausreichende Rente sichern.
- Verringerter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk.
- Weitgehende Entlastung von Kleinselbständigen zur Förderung von deren Eigeninitiative.
- Die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft von Gewerbetreibenden in Kammern und Verbänden.
- Sonn- und Feiertage sind als Ruhetage weitgehend arbeits- und verkaufsfrei zu halten.
- Konsequente Beschäftigung und Integration von Menschen mit Behinderung in weitgehend allen Arbeitsbereichen.
- Wieder vermehrt Ausbildungsplätze in allen Betrieben schaffen, die mindestens sechs Mitarbeiter beschäftigen. Keine Möglichkeit des Freikaufs durch Ausbildungsplatzabgaben.

- Von Herstellern bewusst eingebaute, begrenzte Haltbarkeit von Produkten und Gütern (geplante Obsoleszenz) muss untersagt werden
- Mehr Unterstützung einer lokalen Produktion, weg von der Globalisierung als alleinige Zielgröße. Gerade kritische Güter wie Medikamente oder Schutzausrüstungen müssen vor Ort produziert werden.

***Wer ÖDP wählt, stimmt für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient, sich am Gemeinwohl orientiert und ohne Zwang zu ständigem Wachstum auskommt!***

***Siedlungs- und Verkehrspolitik:***  
**Zwei Seiten einer Medaille**

Die Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen sind in unserem gesamten Bundesland auf den motorisierten Individualverkehr hin ausgerichtet. Arbeits- und Freizeitplätze befinden sich heute häufig weitab vom Wohnort. Die ständige Fortschreibung einer Förderpolitik ausschließlich zugunsten des PKW-Individualverkehrs hat zu einer Entwicklung geführt, die so nicht weitergehen kann. Der dadurch unnötig hohe Energieverbrauch für diese individuelle Mobilität verschwendet nicht nur unsere endlichen Energie- und Rohstoffressourcen, sondern belastet auch Umwelt und Klima.

Eine weitere Folge der individuellen Mobilität ist die Zersiedelung unserer Landschaft, einhergehend mit einem hohen Verbrauch des natürlichen Lebensraums. Die versiegelten Flächen nehmen so zu, dass künftig weiter zunehmende Wetterextreme vermehrt zu Überschwemmungen oder auch zu Austrocknungen führen werden.

Ziel der ÖDP ist es, dass Zivilisation und Wohlstand nicht weiterhin mit steigenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren erkaufte werden.

Wir wollen eine weitere Zersiedelung verhindern. Die Integration von Städten und Dörfern in ihr ökologisches Umfeld sowie die Einschränkung des Landschaftsverbrauchs sind daher für uns vorrangige Ziele. Tagtäglich werden in Baden-Württemberg mehrere Hektar überbaut und damit versiegelt. Unversiegelte Böden sind aber eine unersetzbare Lebensgrundlage.

**Die ÖDP fordert:**

- Verkehrsvermeidung durch Zusammenführung von Wohnungen, Arbeitsstätten, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in Bau- und Sanierungsgebieten.
- Planung neuer Gewerbegebiete nur mit kombinierter Ausweisung örtlicher Wohnbebauung.
- Bevorzugung von Mehrfamilien- statt Einfamilienhäusern zur Verringerung des Flächenfraßes.
- Nachverdichtung und Ausweisung neuer Baugebiete vorrangig im Bereich einer bestehenden, guten ÖPNV-Anbindung.
- Schaffung altersgerechter Wohnungen (vorrangig in bestehendem Gebäudebestand).
- Den Erhalt und die Schaffung von großzügigen Grünanlagen in den Städten.
- Vermehrt Ausweisung von interkommunalen Gewerbegebieten.
- Renaturierung ungenutzter Verkehrsflächen.
- Kompakte Bauweisen mit reicher Begrünung.
- Gezielte Förderung von Altbausanierung.
- Sanierung und Nutzung leerstehender Industrieanlagen.
- Strikte Einhaltung der ökologischen und gesetzlichen Anforderungen bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.
- Vermehrte Ausweisung nicht zu bebauender Grünzäsuren in Regionalplänen.
- Bundesrats-Initiative zur Nichtverlängerung des §13b Baugesetzbuch (Ausweisung neuer, kleiner Baugebiete ohne Durchführung einer Umweltprüfung).

**Wer ÖDP wählt, setzt sich für die Erhaltung der unzersiedelten Landschaft ein!**

## **Personenverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Das Land muss mit der Entwicklung eines flächendeckenden und zukunftsfähigen Bahnkonzepts neue Prioritäten in der Verkehrspolitik setzen, um den Deutschland-Takt 2030 zu ermöglichen. Aufeinander abgestimmte Taktfahrpläne sind dabei das Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Sofern dies in die Zuständigkeit des Landes fällt, sind hierfür ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

Ein technologisch und kundenspezifisch optimiertes Bahnsystem schafft viele konjunkturunabhängige Arbeitsplätze. Hierzu gehört auch ein weitreichendes Spektrum an Dienstleistungsangeboten rund um den ÖPNV.

### **Die ÖDP fordert:**

- Die Schiene muss im Stadt-, Nah- und Fernverkehr Verkehrs- und damit Siedlungsentwicklungsachse werden. Die Straße darf nicht länger ein Konkurrent der Schiene sein, sondern muss diese sinnvoll ergänzen.
- Dem Fußgänger- und Fahrradverkehr müssen in der Verkehrsplanung eigene und gleichrangige Wege angeboten werden. Dabei ist auch der Bau von Fahrradschnellwegen zu priorisieren.
- Die unterschiedlichen Verkehrsverbünde müssen zu einem landesweiten Verkehrsverbund zusammengefasst werden, in dem auch die Anerkennung der BahnCard Standard ist.
- An den Wochenenden muss das ÖPNV-Angebot auch auf dem Land bis in den späten Abend ausgeweitet werden, in den Ballungszentren ist ein täglich durchgehender Nachtverkehr zu prüfen.
- Baden-Württemberg darf nicht mehr als die bereits vom Land zugesagten Finanzmittel für Stuttgart 21 bereitstellen. Höhere Kosten sind von der Bahn oder dem Bund zu tragen. Ein oberirdischer Teilbahnhof auf dem bisherigen Gelände des Hauptbahnhofs ist für Verkehrsausweitungen als Option beizubehalten.
- Kostenlose Park- und Mitfahrssysteme müssen ausgebaut werden, die freie Fahrradbeförderung im ÖPNV muss ausgebaut werden.
- Umsteigeknoten oder Vorortbahnhöfe müssen durch preiswerte Verpachtung an Gastronomie und Dienstleistungsunternehmen mit Verpflichtung zur Sauberhaltung zu attraktiven Treffpunkten werden.
- Straßenbahnverkehr muss mit dem Umlandschienenetz verknüpft werden (Beispiel Karlsruhe/Heilbronn/Freiburg).
- Landesweit müssen Bahnhöfe zu Mobilitätspunkten ausgebaut werden, um Bahn-, Bus- und Individualverkehr mit dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr zu verknüpfen.
- Zur Finanzierung eines ausgebauten ÖPNV- und Fahrradnetzes in den Städten sind auch neue Einnahmequellen wie z. B. die City-Maut heranzuziehen.
- Der ÖPNV muss finanziell attraktiv, sowie gut ausgebaut und getaktet sein, dass die Nutzung eines Pkw uninteressant ist

*Wer ÖDP wählt, setzt sich für ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz ein!*

### **Straßenverkehr**

Wer über moderne Mobilität spricht, darf die Gefahren des Straßenverkehrs nicht außer Acht lassen: Allein 2018 starben auf Baden-Württembergs Straßen 440 Menschen, darunter zahlreiche Kinder.

In keinem Land Europas werden mehr Kinder Opfer von Verkehrsunfällen als in Deutschland, drei Viertel dieser Unfälle ereignen sich in geschlossenen Ortschaften.

### **Die ÖDP fordert:**

- Erhöhung des Personalbestands der Verkehrspolizei.
- Stärkere Kontrollen gegen motorisiertes Rowdytum. Höhere Strafen für gefährliches Überholen, zu schnelles Fahren oder zu dichtes Auffahren.
- Tempo 30 oder 40 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften mit Ausweisung von Tempo 50 auf ausgewählten Hauptstraßen.
- Fahrverbot als Regelstrafe bei groben Geschwindigkeits- und Abstandsverstößen.
- Engmaschige Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten bei LKW und Bussen sowie häufigere Überprüfung der LKW-Fahrzeugsicherheit.
- Die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen entsprechend der bereits geltenden Richtgeschwindigkeit.
- Mautausweitung auch auf Fernbusse und deren Beteiligung an den Kosten für den innerstädtischen Infrastrukturausbau von Busbahnhöfen.
- Umstellung des Fuhrparks der öffentlichen Verwaltung auf umweltfreundlichere Fortbewegungsmittel soweit möglich.
- Förderung alternativer Antriebsarten wie z. B. Brennstoffzellen und regenerativ erzeugte, synthetische Kraftstoffe für Verkehrsbereiche, in denen der Batterieantrieb nicht sinnvoll einsetzbar ist.

*Wer ÖDP wählt, erhöht die Sicherheit und die Lebensqualität in den Gemeinden unseres Landes!*

### **Güter- und Fernverkehr**

Als Verbraucherinnen und Verbraucher sind wir alle aufgefordert, regionale Produkte zu kaufen und damit Güterfernverkehr weitestgehend zu reduzieren. Der nicht zu vermeidende Güterverkehr muss, sofern er nicht auf die Schiene verlagert werden kann, mit alternativen Antriebsformen betrieben werden.

### **Die ÖDP fordert:**

- Massengütertransporte müssen vorrangig über die Bahn bzw. das Schiff erfolgen.
- Ein vertaktetes Huckepacksystem (für den LKW-Haus-zu-Haus-Verkehr) auf mehr Schienenstrecken.
- Erhalt ungenutzter Bahnflächen für zukünftige Verkehre und zeitnahe Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken.
- Aufbau von internationalen Wasserstoffkorridoren für den brennstoffzellenbetriebenen LKW-Verkehr. (Für den Korridor Norddeutschland – Italien reichen z. B. 20 Wasserstofftankstellen aus.)

*Wer ÖDP wählt, stimmt für ein engmaschiges Schienennetz und den Einsatz alternativer Antriebsarten!*

### ***Klima- und Energiepolitik:***

#### **Energie umweltverträglich erzeugen - effektiv und sparsam nutzen**

Die Veränderung des globalen Ökosystems durch den Klimawandel geschieht in einem noch nie dagewesenen Tempo. Das bedeutet unerträglich hohe Risiken für die Menschheit und für die gesamte Biosphäre. Das weltweite Klimaabkommen von Paris bekennt sich zur Notwendigkeit, den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2° C zu begrenzen. Es fehlen aber zwingende Mechanismen und konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel noch zu erreichen. Baden-Württembergs eigene Klimaschutzbemühungen sind daher deutlich zu verstärken.

Die Energiewende muss konsequent weitergeführt werden. Insbesondere muss der Wärme- und Verkehrssektor stärker mit einbezogen werden.

Die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft werden überwiegend auf Bundes- und EU-Ebene entschieden. Dennoch hat auch Baden-Württemberg als Bundesland zahlreiche Möglichkeiten und Verantwortung, energiepolitische Vorgaben entweder entsprechend umzusetzen oder gegebenenfalls selbst zu gestalten. Darüber hinaus kann das Land auf die Kommunen, auf den Bundesrat und auf die Öffentlichkeit insgesamt Einfluss nehmen.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die vorrangige Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Ausweitung von Flächen zur regenerativen Energiegewinnung, unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Umweltschutzes. Festschreibung der Ziele in der Landesentwicklungsplanung.
- Verpflichtende Nutzung der Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten und Dachsanierungen. Unterstützung durch geförderte Darlehen vom Land.
- Ausstieg der EnBW aus der Kohleverstromung.
- Abbau von unberechtigten Wettbewerbsnachteilen für Stromspeicher und generelle Gleichberechtigung und Weiterentwicklung aller Maßnahmen zur Flexibilisierung von Stromangebot und Stromnachfrage in einem langfristig tragfähigen Strommarktdesign.
- Intensivierung der Wasserstoffwirtschaft mit Nutzung der Brennstoffzellentechnik
- Konsequente Energieeinsparung und effektivere Nutzung aller Energieformen (z.B. durch Niedrigenergiehäuser, ökologische Isolierung bestehender Gebäude, Nutzung von Biomasse und Biogas, Blockheizkraftwerke, bessere Antriebs- und Kühlmaschinen, effizientere Antriebskonzepte).
- Die öffentliche Hand soll ihren Energiebedarf vollständig aus regenerativen Quellen decken und hinsichtlich Einsparung und effizienter Nutzung von Energie Vorbild sein, z.B. durch die verstärkte Nutzung der LED-Technik im Beleuchtungsbereich.
- Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke und deren Rückbau zum Schutz unserer baden-württembergischen Heimat. Die Atomkraftwerkbetreiber sind verpflichtet, angemessene Rückstellungen zu bilden. Die in der Verantwortung des Landes liegende Atomaufsicht muss konsequenter gegen Pannen und in Kauf genommene technische Risiken vorgehen bis hin zur Abschaltung der Anlagen.

***Wer ÖDP wählt, befürwortet einen konsequenten Klimaschutz und eine umweltfreundliche Energieversorgung, die genügend Spielraum für neue Konzepte und Techniken und somit neue Arbeitsplätze schafft!***

## **Landwirtschaft:**

### **Ein Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie**

Die ÖDP sieht, anders als die etablierten Parteien, in der Landwirtschaft das wichtigste produktive Gewerbe überhaupt und im Boden die Quelle aller Güter und Werte. Sie setzt sich ein für eine boden-, umwelt- und naturverträgliche Landwirtschaft, für ein möglichst breites Artenspektrum und für die Erhaltung altbewährter Pflanzensorten und Tierrassen.

Die ÖDP hält es für unverantwortlich, dass der Energiebedarf unserer Gesellschaft zu Lasten von Grundnahrungsmitteln befriedigt wird.

Die industriemäßige Agrarproduktion handelt nach rein ökonomischen Grundsätzen ohne Rücksicht auf die Natur. Sie betreibt eine Verschwendung fossiler Energieträger und anderer nicht regenerierbarer Ressourcen, was in diesem Umfang nur noch wenige Jahrzehnte andauern kann.

Viele ignorieren sowohl die vielfältigen Gefahren, die von unsachgemäßer, oft auch übermäßiger Anwendung von synthetischen Düngemitteln, Bioziden und Antibiotika ausgehen, als auch die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

Wir könnten mit weniger Rind, Schwein und Geflügel auskommen. Allerdings können wir nicht auf das unscheinbarste aller Nutztiere, die Biene, verzichten. Sie ist für einen Großteil unserer Nahrung zuständig.

### **Die ÖDP fordert:**

- Der bäuerliche Berufsstand und der ländliche Raum insgesamt sind aufzuwerten.
- Agrarförderung soll verstärkt der bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, zu Gute kommen. Weiterentwicklung der Förderprogramme FAKT (Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) und LPR (Landschaftspflegeleitlinie).
- Ökologische Fruchtfolgesysteme sollen wiederhergestellt werden.
- Saat- und Pflanzgut, Ernteerzeugnisse, Futter- und Lebensmittel müssen absolut frei sein von gentechnischen Veränderungen.
- Eine kostenlose Öko-Beratung für die Verbraucher, kostenlose Schadstoffkontrollen ihrer Produkte für die Landwirte.
- Der Einsatz von Bioziden im Pflanzenbau und von Antibiotika in der Tierhaltung ist auf ein Minimum, zum Beispiel auf Notfälle, zu beschränken.
- Der Bienen- und Insektenschutz in seinen vielfältigen Aspekten ist zu stärken, unter anderem durch
  - Verringerung und Ersatz von synthetischen Beiz-, Spritz- und Düngemitteln,
  - Schutz von Biotopen wie Ackerrändern und Kleingehölzen,
  - Förderung des Anbaus von allgemein verträglichen Wildkräutern und Blümmischungen.
- Eine ökologisch ausgerichtete praxisorientierte Agrarforschung ist zu intensivieren, insbesondere auch im Blick auf standortangepasste Kulturpflanzen.
- Landwirtschaft und Naturschutz gehören in ein gemeinsames Ministerium, da es viele Überschneidungen und Synergien zwischen Landnutzung und Naturschutz gibt.
- Ausbau des Grundwasser- und Bodenschutzes, insbesondere mit dem Ziel eines
  - Verbots von Agrartechniken, die zu irreversiblen Bodenschädigungen führen
  - Verbots von nicht artgerechter, Umwelt und Mensch schädigender Massentierhaltung
  - sofortigen und vollständigen Verbots des Einsatzes von Glyphosat enthaltenden Herbiziden („Round-up“).

### **Die ÖDP unterstützt die bestehenden Projekte:**

- Sicherung der Existenz bäuerlicher, insbesondere ökologisch bewirtschafteter Familienbetriebe, eine Unterstützung bei der Hofübergabe und -übernahme.
- Förderung von Schulbauernhöfen im Rahmen des Projekts „Lernort Bauernhof“.



- Förderung der regionalen Selbstvermarktung durch Landwirte einschließlich deren Kooperation mit kleinen Gewerbebetrieben.
- Förderung von Züchtung, Anbau und Nutzung von Pflanzen zur natürlichen Bodenverbesserung und Eiweißfuttermittelproduktion.
- Förderung der Saatgutbereitstellung bei alternativen Energie- und Bienen- und Insektenweidepflanzen.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich ein für die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, die Hand in Hand geht mit der regionalen Produktion von einwandfreien Nahrungsmitteln, die auch für die breite Bevölkerung erschwinglich sind!***

**Natur- und Landschaftsschutz:  
Den Reichtum unserer Heimat bewahren**

Baden-Württemberg hat eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft. Diese Vielfalt an Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, ist für uns von der ÖDP ein zentrales Anliegen.

Besonderes Augenmerk kommt dabei den schwäbischen Streuobstwiesen, der größten Streuobstlandschaft Mitteleuropas, zu. Diese Kulturlandschaft, die einen besonderen Artenreichtum an Tieren beherbergt, ist zum einen durch Siedlungs- und Straßenbau bedroht, zum anderen durch den schlechten Pflegezustand vieler Obstbäume. Für den Schutz der Streuobstwiesen ist ein umfassendes Konzept erforderlich, das es konsequent umzusetzen gilt.

In einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft kann es zu Interessenkollisionen kommen. Eine solche Kollision ist bei dem Konflikt zwischen Weidetierhaltung und der Wiederansiedlung von Beutegreifern wie dem Wolf offensichtlich. Sowohl die Weidetierhaltung als auch die Wiederansiedlung des Wolfes sind ökologisch wünschenswert.

**Die ÖDP fordert:**

- Die noch bestehenden natürlichen und naturnahen Freiräume müssen gesichert und der Bestand an Naturschutzgebieten erheblich ausgeweitet werden.
- Die größeren Schutzgebiete müssen von Hauptamtlichen betreut werden.
- Die Vergabe von Betreuungsverträgen an die Naturschutzverbände muss ausgeweitet werden.
- Umfassenden Schutz der Streuobstwiesen durch:
  - Verbesserten Bestandsschutz der Streuobstwiesen
  - Unkomplizierte und nutzerorientierte Förderprogramme, auch für Hobby- und Nebenerwerbsbewirtschafter
  - Verstärkte Maßnahmen zur Förderung der Vermarktung von Streuobst-Produkten
  - Entwicklung und Umsetzung einer konsequenten Strategie für einen angepassten und insektenschonenden Pflanzenschutz
  - Verstärkung und Bündelung der Forschung zum Erhalt und zur Pflege der Streuobstwiesen
- Ausreichenden Schutz von Weidetieren in (potenziellen) Wolfsgebieten durch Errichtung und Instandhaltung von Schutzzäunen und durch Ausbildung und Haltung von Herdenschutzhunden.
- Finanzierung der erhöhten Sach- und Personalkosten der Weidetierhalter über staatliche Beihilfen.
- Kostendeckenden Schadensausgleich seitens des Landes bei Rissen, die vermutlich oder sicher vom Wolf verursacht wurden, sofern der Betrieb den empfohlenen Standardschutz umgesetzt hat.
- Gezielte Entnahme von Wölfen, die wiederholt ordnungsgemäß ausgeführte Herdenschutzmaßnahmen überwinden oder sonstige gravierende Verhaltensauffälligkeiten zeigen.
- Umsetzung des zwischen der Landesregierung und dem Trägerkreis des Volksbegehrens Artenschutz ausgehandelten Eckpunktepapiers.
- Die Fläche an Bannwald und naturbelassenem Wald muss vergrößert werden (BUND)
- Ausweitung von Naturschutz- und Biosphärengebieten.
- Verstärkung der Naturparkverwaltungen, um die potentielle zum Erhalt der biologischen Vielfalt und für eine naturverträgliche Landnutzung zu nutzen.

***Wer ÖDP wählt, sorgt dafür, dass der Naturschutz in Baden-Württemberg trotz guter Ansätze eine noch größere Bedeutung erhält!***

***Tierschutz:***  
**Unsere Mitgeschöpfe achten**

Auch der Tierschutz ist ein Maßstab für politische Kultur. Wir erkennen in Tieren Mitgeschöpfe, besonders auch in den Nutztieren. Tierhaltung darf nicht im Widerspruch zur Ökologie stehen.

**Die ÖDP fordert:**

- Artgerechte Unterbringung und Pflege von Nutz-, Haus- und Zootieren.
- Ausreichende Bewegungsfreiheit für Tiere, die zur Erzeugung von Fleisch bzw. Tierprodukten gehalten werden.
- Schlachtviehtransporte nur über eine Entfernung von weniger als 100 Kilometern.
- Nur Einsatz von Transportmitteln, in denen sich Tiere nicht verletzen können.
- Schlachtung nur nach Betäubung.
- Einführung eines einheitlichen Qualitätssiegels für alle Tierprodukte
- Keine quälenden und leidvollen Tierversuche.
- Verbot von Treibjagden.
- Duldung von Wölfen bis zum Erreichen einer bestimmten Populationsgröße, um das biologische Gleichgewicht zu gewährleisten.
- Haltungsverbot von Wildtieren in Zirkussen.
- Unterstützung von Kampagnen zur Reduzierung des Fleischkonsums.

***Wer ÖDP wählt, macht deutlich, dass Tiere keine Sachen, sondern unsere Mitgeschöpfe mit eigenen Rechten sind!***

### ***Innere Sicherheit und Justiz:***

#### **Gewaltursachen bekämpfen - eine Aufgabe auch für die Gesellschaft**

Über sein Gewaltmonopol ist der Staat verpflichtet, jede Person vor Kriminalität zu schützen. Unser Land bleibt auf dem Gebiet der inneren Sicherheit gefordert, vorrangig bei der Bekämpfung von Kriminalität. Diese ist in unserem Land erschreckend hoch und nimmt besonders bei Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich zu. Wegen der oft schweren und jahrelangen körperlichen und seelischen Schäden der Opfer ist der Gewaltkriminalität besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Flächendeckend erhöhte Personalausstattung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität, der Korruption sowie der zunehmenden Computer- und Internetkriminalität.
- Verbesserung von Betreuung und Fürsorge von Kriminalitätsoptionen.
- Besserer Schutz von Zeugen.
- Personelle Verstärkung der Polizei für die bessere Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr und für mehr Bürgernähe.
- Videoüberwachung an bestimmten Brennpunkten. Wir lehnen aber eine flächendeckende, insbesondere auch eine geheime Videoüberwachung konsequent ab.
- Für ein Leben ohne Gewalt sind politische Weichenstellungen vorzunehmen: in Erziehung, in Ausbildung und in den Medien. Nur die friedliche und kooperative Bewältigung von Konflikten schützt alle.
- Eine Strafrechtsreform ist durchzuführen, die Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich härter bestraft als Eigentumsdelikte.
- Die Schuldunfähigkeit ist auf zwölf Jahre herabzusetzen. Jugendliche kriminelle Wiederholungstäter sind in geeigneten Einrichtungen zu resozialisieren.
- Die Hürden, ein örtlich begrenztes und zeitlich befristetes Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen auszusprechen, müssen gesenkt werden.
- Einführung eines Spirituosenverkaufsverbots ab 22 Uhr in Tankstellen oder Supermärkten.

***Wer ÖDP wählt, hilft mit, gegen organisierte Kriminalität wirksam anzugehen. Er setzt sich ein für eine neue Werteorientierung: weg von der Gewalt - hin zu friedlicher Konfliktlösung!***

### ***Jugend:***

#### **Lebenswerte Perspektiven für Heranwachsende**

Das Bild vieler Städte ist geprägt von immer noch zu vielen Jugendlichen ohne Lebensperspektiven. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist in den letzten Jahren entgegen aller Bestrebungen nicht zurückgegangen. Aber selbst mit dem Hauptschulabschluss finden Jugendliche oft keine Ausbildungsplätze mehr, da die Firmen vorrangig einen Realschulabschluss oder sogar das Abitur fordern.

Ohne Beteiligung der Jugend wird Baden-Württemberg ein Land ohne Zukunft werden. Um Kindern und Jugendlichen bessere Perspektiven zu bieten, ist Offenheit der Älteren gegenüber den Jüngeren ein wichtiges Gebot. Vielfältige Beziehungen und der Austausch zwischen den Generationen sind für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendig.

Auch in der heutigen Gesellschaft muss die Politik ihre Verantwortung gegenüber der Jugend wahrnehmen. Generationen verbindende Jugendarbeit ist eine ganz wesentliche Aufgabe der Politik. Perspektivlosigkeit erzeugt Frust.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die Übertragung von gesellschaftlichen Aufgaben an Jugendliche, zum Beispiel die verantwortliche Einbindung in einen sozialen oder ökologischen Dienst.
- Intensivierung der Schulsozialarbeit und verstärkte Kontrolle der Schulpflicht
- Die Anhebung des Ansehens von Schulabschlüssen neben dem Abitur.
- Die gesellschaftliche Aufwertung auch von nichtakademischen Berufen, zum Beispiel von Handwerks- oder Pflegeberufen, im Hinblick auf das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft.
- Verbot von Herstellung, Vertrieb und Besitz von 'Killerspielen' jeder Art.

***Wer ÖDP wählt, tritt ein für zukunftsfähige Beziehungen zwischen Jugend und sozialem Umfeld!***

### ***Senioren:***

#### **Lebensleistung würdigen - Erfahrungsschätze nutzen**

Ein immer größerer Anteil unserer Bevölkerung ist aufgrund des Alters aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden. Auch gelangen immer mehr Menschen in ein sehr hohes Alter. Da gleichzeitig die jüngeren Jahrgänge zahlenmäßig abnehmen, ist dies inzwischen zu einem brennenden gesellschaftspolitischen Problem geworden. Immer weniger Erwerbstätige haben in den nächsten Jahrzehnten immer mehr Rentner und Pensionäre zu versorgen.

Die ältere Generation verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, der der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen sollte. Diesen Schatz zu bergen und nicht achtlos verloren gehen zu lassen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates.

Durch vielfach fehlende seniorenrechtliche Angebote werden immer mehr Senioren zusehends in die Isolierung gedrängt. Durch die zunehmende Altersarmut wird dieses Problem noch verschärft.

Die Erziehungs- und Lebensleistung von Müttern, Vätern und Großeltern wird nicht ausreichend wahrgenommen und gewürdigt.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die Würde des Menschen muss unabhängig vom Alter gesehen werden.
- Es darf keine sprachlichen oder technologischen Ausgrenzungen von Senioren geben.
- Im Verkehrsbereich und bei der Infrastruktur ist auf die Bedürfnisse der Senioren besondere Rücksicht zu nehmen.
- Senioren sollen möglichst lange in der gewohnten Umgebung oder im Familienverband leben können. Zur Stärkung des Familienzusammenhalts, auch im Hinblick auf eine spätere Pflege der Senioren durch eigene Kinder, sind entsprechende Bemühungen zu verstärken.
- Bei der Kranken- und Altenpflege ist ein hohes Qualitätsniveau sicher zu stellen. Dazu gehört auch ein Anreizsystem zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land.
- Unterstützende Angebote im alltäglichen Bereich (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe) müssen ausgeweitet, gefördert und abgesichert werden.
- Öffentliche Veranstaltungen sollen nach Möglichkeit für alle Altersgruppen angeboten und zugänglich gestaltet werden.
- Insbesondere auf dem Land müssen neue Formen der altersgerechten Mobilität entwickelt werden.
- Eine Erweiterung des Angebots an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen.

***Wer ÖDP wählt, setzt sich für ein lebenswertes Leben auch im Seniorenalter ein!***

***Menschen mit Behinderung:  
Einbinden statt Ausgrenzen***

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Zu diesen zählen neben den Kindern und alten Menschen auch die Menschen mit Behinderung. Trotz und auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten der heutigen Medizin gibt es oder entstehen Behinderungen in allen Altersstufen. Die Öffentlichkeit muss für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben Sorge tragen, so dass alle behinderten Menschen ihren Alltag möglichst problemlos und weitgehend selbstbestimmt bewältigen können. Dabei ist auch zu beachten, dass nicht jeder technische Fortschritt, zum Beispiel Automation, den Menschen mit Behinderung nützt.

**Die ÖDP fordert:**

- Öffentliche Bereiche müssen ausnahmslos behindertengerecht sein. Dazu gehören auch die Bahn, der ÖPNV und ihre Zugangsbereiche.
- Weiterentwicklungen technischer Hilfsmittel müssen konsequent eingesetzt und zur Verfügung gestellt werden.
- Die Schaffung von mehr behindertengerechten Arbeitsplätzen und die weitgehende Einschränkung der Möglichkeit, sich von der Beschäftigung Behinderter gegen Ausgleichszahlungen befreien zu lassen.
- In Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen sollten behinderte und nicht behinderte Menschen soweit wie möglich gemeinsam und gleichberechtigt erzogen werden und miteinander sowie voneinander lernen. Diese Inklusion ist wissenschaftlich zu begleiten. Notwendige Umbauten und personeller Mehraufwand bei diesen Einrichtungen sind vom Land zu übernehmen.
- Keine nachteilige Behandlung von Menschen, die ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht selbst ausdrücken können.

***Wer ÖDP wählt, wählt eine konsequente Einbindung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft!***

**Migration:****Eine globalisierte Welt ist ständig in Bewegung**

In unserer Welt ist die Zu- und Abwanderung von Menschen über Staatsgrenzen hinweg eine Normalität. Die Gründe dafür sind einmal die Suche nach einer persönlichen oder familiären wirtschaftlichen Verbesserung, die Vertreibung aus Regionen und Staaten oder die Flucht vor Krieg und Terror. Geschehen diese Wanderungen global, so entsteht dadurch zwangsläufig auch eine Vermischung von Kulturen.

Kulturen definieren sich durch gemeinsame Werte, ein gemeinsames Rechtsverständnis und teilweise auch durch eigenständige Religion. Die Wahl des Zuwanderungslands Deutschland bedeutet allerdings die Akzeptanz eines vorhandenen Wertegerüsts, der bestehenden Gesetze und besonders der Menschenrechte. Darin sehen wir eine grundlegende Bedingung für die Erlangung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis.

**Die ÖDP fordert:**

- Für die Zuwanderung müssen klare Richtlinien entwickelt werden.
- Das Asylrecht darf nicht angetastet werden.
- Über Asylanträge muss innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Damit die Zeitspanne der Ungewissheit verkürzt wird. Die personelle und finanzielle Ausstattung der zuständigen Ämter ist an den aktuellen Bedarf anzupassen.
- Schaffung oder Ausbau dauerhafter Perspektiven für abgelehnte Asylbewerber in deren Heimatländern.
- Konflikte zwischen Menschen verschiedener Kulturen müssen durch vorbeugende Maßnahmen und Hilfsangebote vermieden werden.

***Wer ÖDP wählt, sorgt dafür, dass unter Wahrung des Asylrechts die Interessen von Zuwanderern und ansässiger Bevölkerung zum Ausgleich kommen können!***



### ***Integration:***

#### **Kulturelle Vielfalt in einer starken und wertebewussten Demokratie**

Die durch Mitbürger mit Migrationshintergrund entstandene kulturelle Vielfalt bereichert das Leben unseres Landes. Für ein reibungsloses Zusammenleben auf der Grundlage unserer Verfassung und Gesetzgebung ist eine weitreichende Integration zwingend notwendig, die allerdings die Zusammenarbeit aller Beteiligten – Migranten, Behörden und Bildungseinrichtungen – voraussetzt und im Kindesalter beginnt. Dazu gehört auch eine sachliche und fundierte Information ohne Verzerrung und Beschönigung über andere Kulturen und Religionen. Dadurch wird Feindseligkeiten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund der Boden entzogen.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Die Grundrechte, wie sie im deutschen Grundgesetz niedergelegt sind, müssen vermittelt und gelebt werden. Dazu gehören auch das Werben für unsere Wertegesellschaft, das Bewusstmachen von persönlichen Rechten und Pflichten sowie die Aufforderung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.
- Integration beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache und setzt die Akzeptanz des bestehenden Werte- und Rechtsverständnisses voraus.
- Integration muss im Kindesalter beginnen und ist insbesondere eine Aufgabe der Eltern, aber auch der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen.
- Religionsunterricht wird nur durch staatlich anerkanntes Fachpersonal in den Räumlichkeiten der Schulen und in deutscher Sprache erteilt.
- Netzwerke sowie Initiativen zur Integration sind zu fördern. Das Wissen und die Erfahrung der Mitbürger mit Migrationshintergrund sind als Basis für interkulturelle Verständigung und Akzeptanz zu nutzen.
- Es muss alles getan werden, damit es keine Parallelgesellschaften innerhalb Deutschlands gibt.

***Wer ÖDP wählt, überlässt die Integration nicht dem Zufall, sondern gestaltet sie!***

***Politischer Extremismus:  
Den Anfängen wehren***

Die ÖDP lehnt jede Form von politischem Extremismus und Nationalismus, der den eigenen Staat auf- und die anderen Völker und Kulturen abwertet, konsequent ab. Extremistisches Gedankengut entsteht häufig durch eine massive politische Enttäuschung oder durch ein in der Kindheit erlebtes Muster aus Angst und Ablehnung.

Die Abwehr von politischem Extremismus darf nicht zur Beschneidung von Persönlichkeitsrechten führen, Demonstrationsfreiheit, Schutz der Persönlichkeit und der Wohnung sowie das Recht auf Widerstand müssen erhalten bleiben.

Bei den etablierten Parteien erkennt die ÖDP eine zunehmende Tendenz zu einem undemokratischen Politikstil. Hierzu gehört zum Beispiel der willkürliche Umgang mit unserer Verfassung und mit bestehenden Gesetzen.

**Die ÖDP fordert:**

- Politische Entscheidungen müssen transparent und konsequent gesetzes- und verfassungskonform sein.
- Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen von politischem Extremismus und deren Bekämpfung.
- Politiker, die mit konkreter Gewalt vorgehen oder diese auch nur androhen, müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.
- Mandatsträger sind vor jeglicher Gewalt zu schützen.
- Achtung anderer Kulturen.
- Antisemitische Taten und Äußerungen müssen aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt werden.
- Frühzeitige Erziehung der Kinder zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

***Wer ÖDP wählt, wählt eine Politik, die dem Extremismus die Grundlagen entzieht.***

### ***Mobilfunk:***

#### **Für einen gesundheitsverträglicheren und moderneren Mobilfunk**

Mobilfunktechnologien gehören weitgehend zum gesellschaftlichen Alltag. Viele wissenschaftliche Arbeiten weisen allerdings nach, dass die Strahlen des Mobilfunks Gesundheitsschäden verursachen. Bereits 2006 warnten die Bundesärztekammer und 2013 das Bundesamt für Strahlenschutz vor der Strahlung der Mobilfunkgeräte. So seien insbesondere Kinder von diesen Geräten fernzuhalten, weil Schäden am Erbgut nicht auszuschließen seien.

Neben Handys und Smartphones stellen auch die schnurlosen Heimtelefone (DECT-Technik) und WLAN-Verbindungen wegen der kontinuierlichen Strahlung Gefährdungspotenziale dar. Insbesondere empfindliche Gruppen (Kinder, Schwangere und Elektrosensible) müssen geschützt werden.

Auch zum Insektensterben trägt der Mobilfunk bei, denn der Orientierungssinn der Insekten wird durch die Strahlung gestört.

Und nicht zuletzt steigt der Strombedarf durch die fortschreitende Digitalisierung stark an. Wie dieser ökologisch gedeckt werden kann, ist noch nicht klar.

#### **Die ÖDP fordert:**

- Landesweiter Ausbau der Glasfaserversorgung und technische Optimierung bestehender Netze.
- Bewusstmachung der Gefahren des Mobilfunks auch schon in der Schule.
- LAN-Versorgung der Lernplätze oder lichtgeführter Mobilfunk (Lifi) statt WLAN-Ausstattung in den Schulen.
- Eine sofortige Senkung der Strahlen-Grenzwerte soweit technisch möglich.
- Keine Mobilfunkantennen in reinen Wohngebieten sowie in der Umgebung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern.
- Änderung der Landesbauordnung, damit auch dann für die Errichtung oder Änderung von Antennen eine Baugenehmigung notwendig ist, wenn diese niedriger als zehn Meter sind.
- Landesweit kommunale Mobilfunkvorsorge-Konzepte.
- Strahlungskataster müssen angelegt und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Erforschung und Einrichtung risikoarmer Telekommunikationstechniken (z. B. Infrarot- und Lichttechnik).
- Ein Moratorium für den Mobilfunkstandard 5G, bis dessen Unbedenklichkeit für Menschen, Tiere und Pflanzen bewiesen ist.
- Trennung der Mobilfunkübertragung in eine In- und Outdoor-Versorgung und damit Absenkung der benötigten Sendeleistung. Ziel ist eine maximale Strahlenbelastung von 1 Mikrowatt in Innenräumen, gemäß Vorsorgeempfehlungen.
- Ablehnung von intelligenten Zählern (für Strom, Gas und Wasser) mit Funk- oder PLC-Übertragung. Sie stellen eine zusätzliche Strahlenquelle dar, sind aus Gründen des Datenschutzes problematisch und erhöhen durch die Funkübertragung der Daten zusätzlich den Energiebedarf, statt ihn zu verringern.
- Anerkennung der Elektrohypersensibilität als Krankheit (Beispiel Schweden). Damit einhergehend, Unterstützung der Betroffenen bei Anpassung des Wohn- und Arbeitsumfelds sowie speziell elektromogreduzierte Krankenzimmer in Hospitälern und Einrichtung von funkfreen Abteilen in Bahnen.
- Schaffung gesetzlich geschützter, vollständig funkfreen Gebiete für besonders stark betroffene Elektrosensible sowie für andere Menschen zur Erholung.

***Wer ÖDP wählt, wählt eine Politik, die neue Technologien erst nach dem Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit akzeptiert!***

## **Epilog**

Wie notwendig die Bewahrung unserer natürlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ist, haben die etablierten Parteien immer noch nicht begriffen. Deren Politik erschöpft sich in der Symptombekämpfung und in wohlklingenden Absichtserklärungen.

Dieser kurzsichtigen Strategie setzt die ÖDP eine Politik entgegen, die an den Ursachen der Probleme ansetzt und sich an ethischen Wertmaßstäben orientiert. Ehrfurcht vor dem Leben, Ehrlichkeit, Verbindlichkeit und Maßhalten in allen Bereichen sind Werte, die auch in der baden-württembergischen Landespolitik wieder stärker zur Geltung kommen müssen.

**Unterstützen Sie deshalb die ÖDP mit Ihrer Stimme!**

## **Spendenaufruf**

### **ÖDP unterstützen – saubere Politik fördern!**

Die ÖDP tritt für eine saubere und faire Demokratie ein und verzichtet deshalb auf Firmenspenden. Dadurch erhalten wir unsere Unabhängigkeit und verhindern den Einfluss von diesen Spenden auf die politische Willensbildung.

Wenn auch Sie unser Engagement und unser Programm befürworten, unterstützen Sie uns bitte mit einer privaten Spende für eine lebenswerte, ökologische und demokratische Zukunft. Über Ihre Spende erhalten Sie selbstverständlich eine Bestätigung für das Finanzamt.

## **ÖDP-Landesverband Baden-Württemberg**

**Spendenkonto:  
UmweltBank Nürnberg (BIC: UMWEDE7N)  
IBAN: DE34 7603 5000 0001 5035 37**

**Vielen Dank für Ihre Spende!**

### **Hinweis:**

Spenden an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrer Steuererklärung bekommen Sie bis zur Gesamtspende von 1.650 Euro (bei Verheirateten bis 3.300 Euro) 50 Prozent der Spendensumme vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34 g EStG). Übersteigt Ihre Spende die oben genannte Grenze, so erhalten Sie für diesen darüberhinausgehenden Betrag eine Steuererstattung gemäß Ihrem persönlichen Steuersatz (§ 10b EStG).

Bildnachweis: Karikaturen von Horst Haitzinger